



NIEDERSCHRIFT

über die 4. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 10.11.2009,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:02

Ende: 20:00



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

bis TOP 7

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern



Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt ab TOP 2

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel ab TOP 3

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller



Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Udo Hans

(Amt für Recht, Ordnung und Umwelt)

Michael Heder

(Stadtbauamt)

Sabine Klein

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Farid Moayyedi

(Stadtbauamt)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Rudolf Boesche

(Ortsvorsteher Wollmesheim)

Martin Gensheimer

(Ortsvorsteher Arzheim)

Thomas Hitschler

(Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters)

Horst Pedé

(Pressestelle)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

Bürgermeister

Thomas Hirsch



Der Vorsitzende informierte vor Eintritt in die Tagesordnung über die Wahl zum Beirat für Migration und Integration vom 8. November 2009. Mit einer Wahlbeteiligung von 19,7 % sei man führend unter den kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz. Er beglückwünschte alle gewählten Mitglieder des Beirats und sicherte die Unterstützung der Verwaltung zu.

Der Vorsitzende informierte weiter, dass Ratsmitglied Schwarzmüller aus der Partei Bündnis 90/Die Grünen ausgetreten sei. Sie behalte aber als fraktionsloses Mitglied ihr Ratsmandat. Der Parteiaustritt habe zur Folge, dass sich das Stärkeverhältnis im Stadtrat verändere und daher eine Neuwahl der städtischen Ausschüsse erforderlich sei.

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende fragte, ob der Tagesordnungspunkt 7 der öffentlichen Sitzung „Wahl der weiteren Mitglieder des Beirats für Migration und Integration“ abgesetzt werden solle, da es bisher kaum Vorschläge aus den Reihen der Fraktionen gebe.

Ratsmitglied Chillemi Jungmann war dafür, den Punkt heute zu beraten. Man werde eine Sitzungsunterbrechung beantragen, um sich in den Fraktionen untereinander abzustimmen.

Dem stimmte der Stadtrat zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Bewerbung um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2014
Vorlage: 610/014/2009
3. Antrag des Ausländerbeirats; Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten
Vorlage: 101/034/2009
4. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Photovoltaikanlagen
Vorlage: 101/039/2009
5. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Peter Imo
Vorlage: 101/001/2009
6. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Klaus Wolf
Vorlage: 101/028/2009
7. Wahl der weiteren Mitglieder des Beirates für Migration und Integration
Vorlage: 101/040/2009
8. Umlegungsausschuss - Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden
Vorlage: 101/026/2009
9. Entschädigung der Mitglieder des Umlegungsausschusses
Vorlage: 101/027/2009



10. Lärmaktionsplan der Stadt Landau i.d.Pfalz
Vorlage: 320/001/2009
11. Änderung der Abfallgebührensatzung
Vorlage: 860/009/2009
12. Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung (Abgrenzung Außenbereich);
Änderung in der Anlage 2
Vorlage: 860/012/2009
13. Entwicklungsmaßnahme Konversion Landau Süd
Anpassung Honorarvergütung der DSK für die Grundstücksbewirtschaftung
Vorlage: 240/005/2009
14. Erhebung von Ausbaubeiträgen für den Ostring
Vorlage: 680/009/2009
15. Jahresabschluss 2008 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb
Vorlage: 820/007/2009
16. Jahresabschluss 2008 der Entsorgungswerke Landau
Vorlage: 860/002/2009
17. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Schwarz sprach die Probleme mit den Spielplätzen in den Stadtteilen und der Innenstadt an. Nach seiner Kenntnis würden hier Reparaturen anstehen, aber es seien keine Mittel dafür bei der Stadt vorhanden. Er wollte wissen, ob die Stadt Reparaturen an den Spielplätzen vornehmen werde.

Der Vorsitzende erwiderte, dass die Spielplätze in der Zuständigkeit der Stadt seien. Es sei richtig, dass es bei den Spielplätzen immer wieder zu Zerstörungen komme. Dies passiere insbesondere nachts. Hinzu kämen Witterungseinflüsse, die zur Nichtnutzbarkeit der Spielgeräte führen. Man werde im Rahmen der Haushaltsberatungen alle Meldungen prüfen. Alles werde man aber nicht erfüllen können. Man werde die defekten Spielgeräte nach und nach ersetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Bewerbung um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2014

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 16. Oktober 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er begrüßte Frau Stötzer vom Büro Stötzer + Stötzer, die die Stadt in dieser Frage beraten habe. Die heutige Entscheidung sei ein wichtiger Beschluss für die Stadt. Man stehe durch die Konversion vor einer großen Herausforderung, die er mit der Entfestigung zu Beginn des 20. Jahrhunderts vergleichen wolle. Man habe über 100 Hektar bewohnte Fläche zu entwickeln. Mittlerweile sei die Konversion mehr Chance als Problem. Den Antrag der SPD-Fraktion Anfang des Jahres hätten alle Fraktionen konstruktiv begleitet. Die Verwaltung habe zusammen mit der Arbeitsgruppe eine Machbarkeitsstudie erarbeitet.

Über die Landesgartenschau habe man die Möglichkeit, den Bereich der ehemaligen Kaserne Estienne et Foch zukunftsweisend zu entwickeln. Die Landesgartenschau biete die Möglichkeit, die Entwicklung in diesem Gebiet wie in einer Zeitmaschine zu beschleunigen. Dadurch biete sich auch die Möglichkeit, nach 2014 ein „Wohnen im Park“ zu ermöglichen. Die Bewerbung sei so ausgelegt, dass diese neuen Bereiche durch eine grüne Fuge mit bestehenden Gebieten verbunden werden. Man brauche diese notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen im Süden der Stadt. Dies sei auch eine wirtschaftspolitische Maßnahme, die sich unter dem Strich für die Stadt rechne. Es sei wichtig festzustellen, dass wir unsere Stadt in die Zukunft hinein entwickle. Nötig sei hierfür eine Vision für Menschen mit Realitätsbezug. Er habe die klare Anweisung in die Verwaltung gegeben, die Ausgaben so zu berechnen, dass sie auskömmlich seien. Diese Summe sei auch gedeckelt. Dieses halbe Jahr Landesgartenschau werde etwas besonderes sein für die Stadt. Die Landesgartenschau werde der Stadt ein anderes, in die Zukunft gewandtes Gesicht geben. Als Stadt könne man den Konkurrenten nur Paroli bieten, wenn man Landau als Erlebnisraum wahrnehme. Er sei sich sicher, dass es bei einem Zuschlag seitens des Landes gelingen werde, dass ein Ruck durch die Stadt gehe. Wichtig sei ihm, ein möglichst breites Votum des Rates zu erhalten, um sich gemeinsam auf den Weg zu machen.

Frau Stötzer vom Büro Stötzer + Stötzer stellte das Bewerbungskonzept vor. Nach monatelangen Gesprächen, Treffen und Sitzungen stehe nun das Konzept. In 2 bis 3 Wochen werde man die Bewerbungsunterlagen fristgerecht beim Ministerium einreichen.

Zur Konzeption im einzelnen sei zu sagen, dass es sich bekanntlich um ein Konversionsgelände handle mit unmittelbarer Anbindung an den Ebenberg. Es sei die Grundidee, einen neuen Landschaftspark im Süden von Landau zu entwickeln. Hier sei die Grundidee des Bauamtes weiterentwickelt worden. Das Gelände docke in der Cornichonstraße an die Altstadt an. Es werde einen zentralen Eingangsbereich geben, von dort ziehe sich nach Süden eine Grüne Fuge ins Parkgelände. Im Bereich des Kohlelagers im Osten solle ein Naherholungsbereich entstehen mit einem Sport- und Freizeitcampus, Radwegen und Kleingartenanlagen. Im mittleren Bereich entstehe die Landschaftsrampe und innerhalb dieser Landschaftsrampe werde die bestehende Rollsporthalle in den Park integriert. Um dies alles zu erreichen, sei eine Neuordnung des Geländes und des Bestandes nötig. Aus diesem Leitkonzept habe sich das Ausstellungskonzept für 2014 entwickelt. Ausgehend vom zentralen Eingangsbereich könne man über einen Rundweg die gesamte Landesgartenschau erleben. Der Obere Bereich mit einer Fläche von 10 Hektar werde nach der Landesgartenschau bebaut. Während der Gartenschau werde der Bereich temporär angelegt mit Gärten. Dieser Bereich werde dann zurückgebaut. Insgesamt sollen in der Daueranlage im Prinzip alle wesentlichen Anlagen erhalten bleiben. Lediglich im Osten erfolge ein minimaler Rückbau. Man benötige natürlich auch eine Erschließung für das künftige Wohnquartier im Wohnpark Am Ebenberg. In einer ersten Phase erfolge die Anbindung im Norden in Richtung Bahnhof. In einer zweiten Etappe dann eine Anbindung im Osten zur Autobahn. Nach der baulichen Entwicklung folge dann die Süderschließung. Das Gesamtvolumen mit allen flankierenden Maßnahmen betrage 37,5 Millionen Euro. Davon entfielen auf die Landesgartenschau 16 Millionen Euro, die Durchführungskosten von 13 Millionen Euro seien zurückführbar. Insgesamt sei mit 600.000 Besuchern sehr niedrig kalkuliert worden. Es würden voraussichtlich doch mehr werden.



Die Landesgartenschau sei ein großes Projekt für die Stadt Landau, das alle Kräfte binden werde. Wichtig sei, alle mit einzubinden. Denn es sei eine Landesgartenschau nicht für 2014 sondern für die ganze Stadt.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass man nach 9 Monaten nun heute an dem Punkt sei, einen Beschluss zur Bewerbung um die Landesgartenschau zu fassen. Man nehme heute eine große Hürde und sende ein politisches Signal, dass man die Landesgartenschau 2014 in Landau haben wolle. Er wünsche sich eine breite Mehrheit im Rat als Rückhalt für die Bewerbung beim Land. Es gehe um viel mehr, als die 6 Monate Landesgartenschau in Landau. Der Rat habe sich zusammen mit vielen Bürgern der Stadt in den letzten Monaten einem beispiellosen Bewusstseinsprozess unterzogen. Es seien die Chancen erkannt worden, die sich aus einer klug angelegten Entwicklung im Zusammenhang mit der Landesgartenschau für die Stadtentwicklung ergeben. Dies könne Strahlkraft für die gesamte Südstadt bis hin zum Ebenberg haben. Das Gesicht Landaus werde sich mit der Entwicklung im Herzen des Südens weiter verwandeln. Mit einem Zuschlag würde man ein erstklassiges Steuerungsinstrument für den weiteren Entwicklungsprozess erhalten. Neben der Durchführung der Landesgartenschau gehe es auch um Nachhaltigkeit und die Zukunftsperspektive für das gesamte Areal. Die Landesgartenschau sei somit im Sinne der Stadtentwicklung insgesamt. Die Tatsache, dass auf zwei Drittel der Fläche Daueranlagen entstünden, sei Beleg für ein zukunftsgerichtetes, vorausschauendes Planen. Dem Rat liege heute ein erstklassiges Konzept vor. Man beschließe heute ein Konzept als Grundlage der Bewerbungsmappe, nicht die Detailgestaltung der Landesgartenschau. Eine der zentralen Fragen sei natürlich der Kostenrahmen. Es sei gut und richtig, dass die Verwaltung vorsichtig kalkuliert habe. Die kalkulierten 600.000 Besucher seien eine erreichbare Zahl. Was die Finanzierung angehe, so warne er davor jetzt schon einen Deckel auf die Kosten zu setzen. Hierzu sei es schlicht noch zu früh. Hier sollte man erst mal die konkrete Planung abwarten. Man müsse natürlich wachsam bleiben und sorgfältig planen. Investitionsentscheidungen und Kostenkontrolle auf gleicher Augenhöhe müsse im Mittelpunkt des Handelns stehen. Wenn man hier Zug um Zug investiere, dann sei dies vernünftig angelegtes Geld. Diese Investitionen werde langfristige Wirkungen nach sich ziehen. Landau werde in einem zukünftigen modernen Stadtviertel hochinteressante Möglichkeiten für Ansiedlungswillige bieten. Landau sei sicher keine Nobeladresse im Südwesten und werde es auch nicht werden. Aber die Ansiedlung von Neubürgern im künftigen Wohnpark Am Ebenberg werde Kaufkraft in Landau binden. Daher habe die Landesgartenschau auch nachhaltigen Charakter. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Morio betonte zunächst, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage und damit der Bewerbung um die Landesgartenschau 2014 ebenfalls zustimme. Die Landesgartenschau bedeute eine große Chance für die Stadt und könne einen Entwicklungsschub für die gesamte Region mit sich bringen. Sie birge aber auch große Risiken bei den Finanzen. Er hebe daher mahnend den Zeigefinger, damit 2014 kein böses Erwachen folge. Stadtpolitik müsse auch nach 2014 noch machbar sein. Die CDU verknüpfe daher ihre Zustimmung an Rahmenbedingungen, die nach einem Zuschlag einzuhalten seien. Angesichts der Lasten, die Landau als Konversionsstandort zu tragen habe, erwarte man eine nachhaltige Unterstützung des Landes. Man veranstalte eine Landesgartenschau, daher sei es gerechtfertigt, das Land in eine hohe Förderpflicht zu nehmen. Die positive Ausstrahlung einer Landesgartenschau auch für das Land müsse sich in einer hohen Förderquote widerspiegeln. Das inhaltliche Konzept sei überzeugend, deswegen sollte das Selbstbewusstsein Landaus gegenüber dem Land deutlich zum Ausdruck kommen. Man dürfe sich nicht auf eine Landesgartenschau um jeden Preis einlassen. Die jetzt genannte städtische Investitionssumme von 9 Millionen Euro müsse die absolute Obergrenze sein. Man müsse den Mut haben, bei Nichteinhalten des Kostenrahmens die ein oder andere Investition zu streichen. Der Durchführungshaushalt müsse auf das jetzt prognostizierte Defizit gedeckelt werden. Durch Planung, Umsetzung und Begleitung der Maßnahmen müsse man alles daran setzen, dieses Defizit deutlich zu unterschreiten. Im Falle eines Zuschlags müsse die Verwaltung darauf achten, dass möglichst geringe Folgekosten entstehen. Daher seien diese im Vorfeld konkret zu ermitteln und dem Stadtrat im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen vorzulegen. Angesichts der hohen wirtschaftlichen Bedeutung müsse eine enge Verknüpfung zwischen der städtischen Wirtschaftsförderung und der Landesgartenschauengesellschaft erfolgen. Die



CDU fordere den Oberbürgermeister auf, mit Hilfe einer mittelfristigen Finanzplanung die finanziellen Belastungen nach 2014 darzustellen.

Wegen der räumlichen Entfernung könnten Zoo, Parks und Weinerlebnispfad nicht unmittelbar in die Landesgartenschau einbezogen werden. Durch einen Shuttle-Verkehr sollte hier zumindest eine mittelbare Einbindung angestrebt werden. Die CDU-Stadtratsfraktion wünsche der Bewerbung den erhofften Erfolg.

Ratsmitglied Schröder sprach von einer schweren Entscheidung der Fraktion, sich für oder gegen die Landesgartenschau 2014 zu entscheiden. Einerseits werde die Entwicklung des Konversionsgebiets Estienne Foche begünstigt und das Gebiet aufgewertet. Dem südlichen Teil Landaus werde eine Infrastruktur zugeführt, indem man Radfahrer und Fußgänger über die Grüne Fuge an das Stadtzentrum und über die neue Brücke nach Queichheim anbinde. Der Sport- und Freizeitcampus, das Naherholungsgebiet entlang des Birnbachs, das Naturschutzzentrum auf dem Ebenberg und der Altbaubestand seien hier ebenfalls zu nennen. Auch der zusätzliche Bahnhofpunkt am Vinzentiuskrankenhaus sei für den südlichen Stadtteil dringend notwendig. Zuspruch finde auch die geplante städtebauliche Entwicklung nach der Landesgartenschau. Hier sei die Förderung regenerativer Energien ein absolutes Muss. Allerdings lasse sich auch eine andere Position vertreten. So müsse der Flächenverbrauch endlich eingeschränkt werden. Der Zuzug von über 3000 Menschen nach Landau verschärfe das Problem der Mobilität in Landau noch zusätzlich. Schon jetzt seien Rheinstraße, Weißenburger Straße, Marienring und die Queichheimer Brücke überlastet. Es liege auf der Hand, dass man versuchen werde die zusätzlichen Verkehrsprobleme durch die Südtangente zu lösen. Durch die Südtangente werde die Planung der Landesgartenschau und des künftigen Wohnparks Am Ebenberg konterkariert. Der schöne „Grüne Finger“ werde dann einfach wieder abgeschnitten. Daher sei es eine grundsätzliche Forderung von Bündnis 90/Die Grünen, auf die Planung der Südtangente zu verzichten. Stattdessen sollte dem ÖPNV Vorrang gewährt werden. Angesichts der finanziellen Dimension sei es zwingend erforderlich, die Kosten zu deckeln. Die noch anstehenden wichtigen Investitionen müssten weiterhin gesichert sein. Zu viele nicht absehbare Risiken lägen bereits in der Kalkulation auf Fördergelder. Es gebe von Seiten des Landes keinen Rechtsanspruch auf Fördergelder. In der Regel würden sich solche Projekte um ein vielfaches verteuern. Es bestehe die Gefahr, dass die aufgenommenen Kredite in Zukunft zu einem Investitionsstau führe. Leider kämen bei der Planung die Sozialaspekte zu kurz. So seien die integrativen Projekte nicht in die Planung aufgenommen worden. Möglich wäre es, über die ARGE Hartz IV-Empfänger zu beschäftigen oder beispielsweise über ein Modellprojekt Schulgarten eine Landauer Schule mit frischem Obst und Gemüse zu versorgen.

Wenn man schon bei den knapp bemessenen finanziellen Mitteln eine solche städtebauliche Entwicklungsmaßnahme angehe, sollte man auch den Mut zu einem wirklich großen Wurf haben. Angesichts dieser bedeutsamen und langfristig wirkenden Entscheidung für die Zukunft Landaus hätten es sich die Grünen nicht leicht gemacht. Man werde daher nicht geschlossen abstimmen.

Ratsmitglied Freiermuth dankte zunächst der Verwaltung für die Erstellung dieses Bewerbungskonzeptes. Dies sei eine große Leistung. Es gebe hier Chancen und Risiken. So könnten auf der Ausgabenseite noch Kosten auftauchen, die bisher nicht vorhersehbar seien. Aus diesem Grund sei auch die FWG-Stadtratsfraktion für eine klare Deckelung. Ein weiteres Risiko gebe es auf der Einnahmeseite. Hier sei der Knackpunkt, dass es keine Sicherheit für eine Förderung durch das Land gebe. Auch die kalkulierte Besucherzahl von 600.000 Besuchern stelle sich als Risiko dar. Geplant sei ja auch eine Ausrichtung in Richtung Alternative Energien, hier vor allem das Geothermieprojekt. Wie das ausgehe wisse man nach den jüngsten Vorkommnissen nicht. Die Errichtung der geplanten Sportanlagen auf dem Gelände sei nachvollziehbar. Er befürchte, dass dadurch aber die benötigte Sporthalle für die Berufsbildende Schule jetzt wieder außen vor sei. Es dürfe auch nicht sein, dass wegen der hohen Kosten in Zukunft die Ortsteile außen vor blieben. Neben den Risiken gebe es natürlich auch Chancen. So sei natürlich eine immense wirtschaftliche Entwicklung mit der Landesgartenschau verbunden. Dies überwiege bei der Bewertung der Fraktion. Daher werde die FWG-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen.



Ratsmitglied Pfaffmann unterstrich, dass auch die FDP die Bewerbung für die Landesgartenschau positiv sehe. Dies sei ein mutiger Schritt in die richtige Richtung. Die bisherige Planung sei akzeptabel und überzeuge durch ihre Nachhaltigkeit. Wie so oft stecke aber der Teufel im Detail. So seien die Kosten unbedingt zu deckeln. Der Kostenrahmen dürfe nicht überschritten und eine Nachfinanzierung müsse ausgeschlossen sein. Zudem müsse ein Sicherungsinstrument eingebaut und der Rat fortlaufend über die Kostenentwicklung informiert werden. Auch bei der Besetzung der Organe der künftigen Landesgartenschau-Gesellschaft sollte die Stadt steuernd eingreifen. Die Stellen der beiden Geschäftsführer sollten mit Fachleuten besetzt werden. Das Parteibuch dürfe dabei keine Rolle spielen. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Marquardt wollte zunächst wissen, ob die Personalkosten von 952.000 Euro nun in den Kosten für die Projektgesellschaft enthalten seien.

Herr Messemer erläuterte, dass dieser Personalkostenanteil im Durchführungshaushalt eingeplant sei.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass eine Landesgartenschau durchaus etwas schönes sei. Auf die Kommunen käme in den kommenden Jahren eine Rekordverschuldung zu. Die ohnehin schon katastrophale Haushaltslage der Stadt Landau werde noch schlimmer. Da es keinen Rechtsanspruch auf eine Beteiligung des Landes gebe, sei für das UBFL keine finanzielle Planungssicherheit gegeben. Die Bürger der Stadt müssten das finanzielle Risiko in voller Höhe tragen. Der Kostenanteil der Stadt summiere sich auf 12 Millionen Euro. Darin seien die jährlichen Folgekosten noch nicht enthalten. Diese müssten über zusätzliche Kredite oder durch Verschieben anderer Investitionen aufgebracht werden. Er könne hier kein vorsichtiges kaufmännisches Handeln erkennen. Die Liste der Baustellen in Landau und in den Stadtdörfern sei lang. Man müsse sich fragen, ob den Landauer Bürgern eine solche Landesgartenschau das wert sei. Es sei doch wichtiger, das vorhandene zu erhalten und Landau vor einem weiteren Imageschaden zu bewahren. Die Reihe von Flops bei Prestigeprojekten dürfe sich in Landau nicht fortsetzen. Das Verantwortungsbewusstsein des UBFL lasse es nicht zu, der Sitzungsvorlage zuzustimmen. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne eine Bewerbung Landaus um die Landesgartenschau ab.

Der Vorsitzende entgegnete, wer morgens nicht aufstehe könne nicht die Treppe hinabstürzen und evtl. zu Tode kommen. Ein Leben ohne Risiko sei auch in Landau nicht möglich. Dies sei nicht die Landesgartenschau des Oberbürgermeisters, sondern die Landesgartenschau der gesamten Stadt. Der Rat treffe heute die Entscheidung, da gebe es kein verdünnisieren. Klar sei, dass der Stadtrat mit im Boot sei, er sei Teil der Verwaltung. Man könne sich gemeinsam auf diesen Weg machen oder es eben auch lassen. Er könne zusichern, dass die Verwaltung den Stadtrat weiterhin in alles einbinden werde. Alle, die heute dieser Vorlage zustimmen würden, machen sich gemeinsam auf den Weg. Was die Finanzsituation insgesamt betreffe, sei man „Geworfene“. Jetzt könne man sich in die Ecke stellen und weinen und klagen. Man könne aber auch positiv das ganze betrachten und sehen, wie viel bereits erreicht worden sei. Gemeinsam mit Speyer sei Landau eine Gewinner-Stadt in der Metropolregion Rhein-Neckar. Landau investiere jedes Jahr 16 Millionen Euro in die Stadt. Das müsse man auch mal zur Kenntnis nehmen. Natürlich gebe es den Fingerzeig der ADD angesichts der Haushaltssituation. Was man normalerweise in 10 Jahren machen würde, werde nun auf einen Zeitraum von 5 Jahren verkürzt. Es sei selbstverständlich, dass dann nach 2014 die Handbremse bei der Stadtentwicklung gezogen werde. Es war immer Bedingung, dass alle anderen Investitionen wie die Schulsanierungen und der Ausbau der Kindertagesstätten unvermindert weitergehen. Das eine habe mit dem anderen nichts zu tun. Wenn man der Stadt im Süden eine Zukunft geben wolle, habe man letztlich keine andere Chance bei der Stadtentwicklung. Dies sei ein grünes und ein soziales Konzept für diesen Bereich.

Ratsmitglied Dr. Migl erwiderte, dass sich bei den Haushaltsberatungen für 2010 gezeigt habe, dass man ja schon Probleme habe die vorhandenen Parks zu pflegen. Vor diesem Hintergrund halte sie jährliche Folgekosten von 120.000 Euro doch für sehr wenig. Diese würden mit Sicherheit höher sein. Sie schlage vor, da auch die Finanzierung durch das Land noch nicht klar sei, in den Vertrag einen Vorbehalt der Wirksamkeit aufzunehmen.



Ratsmitglied Schwarzmüller sagte, dass sie der Bewerbung um die Landesgartenschau nicht zustimmen werde. Sie könne die Aussage des Oberbürgermeisters nicht nachvollziehen, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun habe. Der Spielraum der Stadt bleibe schließlich gleich. Warum brauche man sonst Jahrzehnte für die Schulsanierungen. Man gebe Millionen für eine Landesgartenschau aus, während viele Mieter in städtischen Wohnungen unter schlimmen Bedingungen leben würden. Es sei auch unredlich zu sagen, dass es nicht die Schulden der Stadt seien, sondern des Landes. Schulden seien die Schulden aller. Sie habe kein Verständnis für solch eine Luxusinvestition.

Der Vorsitzende stellte klar, dass es eine gemeinsame Gartenschau des Landes und der Stadt sei. Von daher sei es vollkommen klar, dass das Land fördern werde. Nur die Höhe sei noch nicht klar. Es sei doch ganz klar, dass Landau das alleine nicht schultern könne. Auch die anderen Investitionen gingen unverändert weiter. Alleine 2010 werde man weitere 5,6 Millionen Euro in die Schulsanierungen investieren.

Ratsmitglied Kautzmann wollte wissen, in wie weit man die Universität in die Landesgartenschau einbinden werde und welche Rolle sie dabei spielen werde.

Frau Stötzer hielt die Einbindung der Universität für einen wichtigen Punkt.

Der Vorsitzende machte klar, dass es vor allem um eine nachhaltige Einbindung der Universität gehe.

Herr Messemer erläuterte zu den eingeplanten jährlichen Folgekosten.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja- und 5 Nein-Stimmen:

- 1. Die Stadt Landau in der Pfalz bewirbt sich um die Ausrichtung der Landesgartenschau im Jahr 2014.**
- 2. Grundlage für die Bewerbung ist die in der Begründung enthaltene inhaltliche Kurzbeschreibung des Bewerbungskonzeptes sowie das in den Anlagen beigefügte Leitkonzept (Anlage 1), das Ausstellungskonzept (Anlage 2), das Daueranlagenkonzept (Anlage 3) und das Finanzierungskonzept (Anlage 4).**
- 3. Die in der Begründung ausgeführten organisatorischen und steuerrechtlichen Aspekte, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsteilung zwischen einer zu gründenden Landesgartenschau Landau GmbH und einer neu einzurichtenden, städtischen „Organisationseinheit Landesgartenschau“, werden zustimmend zur Kenntnis genommen.**
- 4. Der als Anlage 5 beigefügte Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der Landesgartenschau 2014 wird gebilligt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag des Ausländerbeirats; Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Ausländerbeirats vom 18. September 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Frau Incedere, Vorsitzende des Ausländerbeirats, begründete den Antrag. In vielen demokratischen Ländern, ihres Wissens in 16 Ländern, gebe es in den jeweiligen Verfassungen ein Grundrecht auf ein kommunales Wahlrecht. Das kommunale Wahlrecht werde dort nicht von der Staatsangehörigkeit, sondern vom Lebensmittelpunkt abhängig gemacht. In Deutschland würden 4,5 Millionen Menschen aus Nicht-EU-Ländern leben, die keinerlei politisches Recht auf Teilhabe an den Kommunalwahlen hätten. Dies sei für diese Menschen eine unerträgliche Ungleichbehandlung. Viele Parteien und Städte hätten sich für das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten ausgesprochen. Auch der Europarat habe alle EU-Länder aufgefordert, allen Ausländern das uneingeschränkte Wahlrecht auf kommunaler Ebene einzuräumen. Ohne Mitbestimmung gebe es keine gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger. Man bitte den Stadtrat um einen Beschluss, den Bundestag zum Handeln aufzufordern und die gesetzlichen Grundlagen zu ändern.

Der Vorsitzende zitierte aus einer Stellungnahme des Städtetages Rheinland-Pfalz an den Vorsitzenden der rheinland-pfälzischen Ausländerbeiräte. Da es sich um eine allgemeinpolitische Angelegenheit handle, für die der Artikel 28 des Grundgesetzes geändert werden müsste, liege dies außerhalb der Zuständigkeit der Städte als kommunale Gebietskörperschaften. Daher werde eine Resolution absolut nichts bringen. Er bezweifle, dass dies in 16 Ländern so gehandhabt werde, wie von Frau Incedere dargestellt. Die Partizipation ausländischer Mitbürger sei in Landau vorbildlich. Er sei der Meinung, dass es bei den jetzigen Mitwirkungsrechten bleiben sollte.

Frau Incedere widersprach dem Vorsitzenden. Seine Aussagen würden im krassen Widerspruch zu den Beschlüssen seiner Partei stehen. Für ein demokratisches Land gehöre es sich, allen Mitbürgern das volle Wahlrecht einzuräumen. Der Beirat für Migration und Integration reiche hier nicht aus, denn er habe nur Beratungsrecht. Sie sei der Auffassung, dass eine Resolution durchaus Druck auf den Bundestag ausüben würde.

Ratsmitglied Chillemi Jungmann betonte, dass die derzeit laufenden Kampagnen in Rheinland-Pfalz und Hessen nicht von den Ausländerbeiräten, sondern von den Ländern ausgingen. Die Position des Städtetages könne sie nicht verstehen. Das Wahlrecht sei doch ohnehin schon getrennt. Es gehe doch darum, dass den ausländischen Mitbürgern neue Formen der Demokratie nahegebracht werden. Eine solide Demokratie muss anderen dies beibringen. Die Vertretung der Migranten durch den Beirat für Migration und Integration sei kein Ersatz für die Beteiligung an der Kommunalwahl. Hier seien einige Widersprüche zu dem was gesagt worden sei. Sie sei der Meinung, dass es viele gute Argumente für ein kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten gebe. Man sollte dies in Ruhe diskutieren. Es wäre daher sinnvoll, den Antrag noch mal in den Beirat für Migration und Integration zurückzuverweisen.

Ratsmitglied Dr. Migl sagte, dass man den Antrag ernst nehmen müsse. Daher sei auch der Beirat für Migration und Integration nicht das richtige Gremium. Sie plädiere für einen Verweis in den Hauptausschuss. Der Oberbürgermeister beziehe sich auf den Städtetag. Dies habe für sie aber keine Relevanz, der Städtetag verlaute viel. Das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten sei eine wichtige politische Forderung. Es gehe darum, Integration ernst zu nehmen durch politische Teilhabe.

Der Vorsitzende wiederholte seinen Vorschlag, den Antrag noch mal in den Beirat für Migration und Integration zu verweisen.



Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag des Ausländerbeirates vom 18. September 2009 wird in den Beirat für Migration und Integration verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Photovoltaikanlagen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 12. Oktober 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Volkhardt begründete den Antrag. Der Ursprung dieses Antrages beruhe auf einem Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion Godramstein aus dem Jahre 2005. Die FWG hatte gebeten zu prüfen, ob auf der südlichen Dachfläche der Kinkschen Mühle eine Photovoltaikanlage errichtet werden könne. Nach mehrmaligem Nachfragen sei nun der Ortsbeirat informiert worden, dass es aufgrund statischer Probleme nicht gehe. Im Gegenzug sage aber der Leiter des Gebäudemanagements, dass man noch am prüfen sei. Der FWG gehe es darum, dass in Zukunft bei Neubauten die Dachflächen so konstruiert werden, dass Photovoltaikanlagen möglich sind.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag ausdrücklich unterstütze. Es müsse eine Selbstverständlichkeit sein, dass bei Neubauten die Statik so ausgelegt werde, dass Photovoltaikanlagen möglich seien. Natürlich müsse man aber in jedem Einzelfall prüfen, ob das auch Sinn mache. Das müsse sich auch wirtschaftlich rechnen. Man müsse den Antrag aber auch weitergehend verstehen. Es gehe nämlich auch um den Privatwohnungsbau. Hier müssten die Bebauungspläne entsprechend gestaltet werden.

Ratsmitglied Volkhardt stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. Kopf zu. Wenn man Bebauungspläne entsprechend gestalte, dürfe eine Gestaltungssatzung aber dann nicht erneuerbare Energien verhindern. Dies sollte die Verwaltung zur Kenntnis nehmen.

Ratsmitglied Freiermuth wies darauf hin, dass von Kommunen Dächer zur Errichtung von Solaranlagen angeboten würden.

Ratsmitglied Kern teilte mit, dass die CDU-Stadtratsfraktion dem Antrag ebenfalls zustimmen werde. Er bat aber darum, dass die Verwaltung prüfe, was bei der Kinckschen Mühle noch machbar sei.

Ratsmitglied Dr. Migl begrüßte die Initiative. Photovoltaikanlagen seien eine zukunftsweisende Sache. Hier müsse auch mal das Kostenargument hinter ökologischen Argumenten zurückstehen.

Ratsmitglied Schröer sprach von einer urgrünen Forderung, daher werde man den Antrag natürlich unterstützen.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte die Zustimmung der FDP-Stadtratsfraktion.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Dächer von zukünftig zu errichtenden städtischen Gebäuden werden so ausgestaltet, dass die Errichtung von Solaranlagen baulich und statisch möglich sind.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Peter Imo

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 9. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Herrn Peter Imo, An 44 Nr. 26, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung seiner Verdienste im kulturellen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Klaus Wolf

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 17. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Herrn Klaus Wolf, Orensfelsstraße 1, 76831 Birkweiler in Anerkennung seiner ehrenamtlichen Verdienste im beruflichen und gesellschaftlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Wahl der weiteren Mitglieder des Beirates für Migration und Integration

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 3. November 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er gab zunächst das vorläufige Endergebnis der Wahlen zum Beirat für Migration und Integration vom 8. November 2009 bekannt. Der neue Beirat bestehe aus 8 gewählten Mitgliedern und 4 vom Stadtrat entsandten Mitgliedern.

Zur Erstellung eines gemeinsamen Wahlvorschlags wurde beschlossen, die Sitzung kurz zu unterbrechen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab der Vorsitzende bekannt, dass die Fraktionen als gemeinsamen Wahlvorschlag Frau Heidi Berger, Herr Wolfgang Gauer, Frau Magdalena Schwarzmüller und Herrn Farid Moayyedi vorschlagen.

Der Stadtrat beschloss offene Abstimmung und wählte einstimmig:

auf Vorschlag der Stadtratsfraktionen

Frau Heidi Berger
Herrn Wolfgang Gauer
Frau Magdalena Schwarzmüller
Herrn Farid Moayyedi

als weitere Mitglieder in den Beirat für Migration und Integration.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Umlegungsausschuss - Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 22. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt Herrn Leitenden Vermessungsdirektor Günter Baumann zum Vorsitzenden und Herrn Vermessungsdirektor Klaus Theuer zum stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Entschädigung der Mitglieder des Umlegungsausschusses

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 9. Oktober 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Mitglieder des Umlegungsausschusses und deren Stellvertreter erhalten für ihre Tätigkeit und als Ersatz der mit ihrem Amt verbundenen Aufwendungen eine Entschädigung in Höhe von 15,00 Euro pro angefangener Stunde.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Lärmaktionsplan der Stadt Landau i.d.Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungs- und Umweltabteilung vom 1. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl fand es gut, dass überhaupt mal ein solcher Lärmaktionsplan gemacht worden sei. Jedoch sei sie mit den Vorschlägen in diesem Plan nicht einverstanden. Es laufe darauf hinaus, dass Lärm durch den Bau neuer Straßen wie der Südtangente nur verlagert werde. Sicher sei im Bereich der L 509 eine Lärmbelastung da, dies könne aber nicht zu einer neuen Straße führen. Der Plan sei von der Stadtverwaltung erstellt worden. Hier hätte man sich doch besser eines Fachbüros bedienen sollen. Ein weiterer Schwerpunkt in dem Plan sei auch die Belastung durch die B 10. Die Aussage, dass es durch den Ausbau der B 10 nicht zu einer höheren Lärmbelastung im Bereich des Schützenhofes komme, sei für sie sehr zweifelhaft. Insgesamt sei der Plan sehr schwachbrüstig. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde hier nicht zustimmen.

Der Vorsitzende stellte fest, dass man in Landau objektiv kein Lärmproblem habe.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion dem Lärmaktionsplan zustimmen werde. Den Eindruck, den Frau Dr. Migl hier erwecke, dass dies von Amateuren gemacht sei, weise er mit Nachdruck zurück. Hier seien durchaus Profis am Werk gewesen. Die Lärmkartierungen beispielsweise seien von professionellen Büros erstellt worden. Es gehe doch darum, dass man die Probleme in Landau wie beispielsweise bei der L 509 auch ernst nehme. Wenn man es ernst nehme, müsse man auch sagen, wie man die Anwohner entlasten wolle. Die SPD habe sich hier schon sehr frühzeitig positioniert. Man sei für die Südtangente, aber erst wenn das Gebiet Estienne et Foch besiedelt sei und es dadurch zu zusätzlichen Verkehrsbelastungen komme. Seiner Meinung nach habe die EU mit dieser Richtlinie zu hohe Erwartungen geweckt. Es gebe keine Rechtsverbindlichkeit für diese Lärmaktionspläne und es müssten auch nicht zwingend Maßnahmen folgen.

Ratsmitglied Eichhorn bemängelte, dass mit diesem Lärmaktionsplan das Konnexitätsprinzip unterlaufen werde. Die EU mache eine Richtlinie und die Kommunen müssten nun auf eigene Kosten diese Pläne erstellen. Hier sei nur eine Bestandsaufnahme erfolgt, ohne dass zwingend etwas geschehen müsse. Die L 509 habe momentan eine Belastung von 8 bis 9 Millionen Kraftfahrzeuge pro Jahr. Wenn die Südtangente gebaut werde, seien es nur noch 6 Millionen. Ihn störe, dass die L 509 sogar erst unter langfristigen Maßnahmen stehe. Er hätte dies gerne nach vorne gezogen.

Herr Heder erläuterte, dass etwa zwei Drittel der Bevölkerung im Wohnpark Am Ebenberg sein müssten, bevor man dieses Projekt angehen könne.

Ratsmitglied Schröder sah in dem Lärmaktionsplan ein schönes Analysewerk. Der Verkehr dringe von außen nach Landau ein. Dies spreche für die Argumentation der Grünen, den ÖPNV auszubauen und einen vernünftigen Verkehrsplan zu entwickeln. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme dem Lärmaktionsplan zu.

Ratsmitglied Volkhardt fand es gut, dass die Verwaltung diesen Lärmaktionsplan gemacht habe, allein schon aus Kostengründen. Der Plan mache die klare Aussage, dass die Südtangente gebaut werden müsse. Die FWG sehe dies genauso, allein schon wegen der Lärminderung. Man werde als FWG-Stadtratsfraktion dem Lärmaktionsplan zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel machte deutlich, dass der Lärmaktionsplan deutlich mache, wo die Lärmbelastungen in Landau seien. Er wäre froh gewesen, wenn in den vergangenen Jahren schon die eine oder andere Maßnahme hätte gemacht werden können. Man sollte hier auch den Denkmalschutz mit einbeziehen. Den Eigentümern sollte ermöglicht werden, Doppelglasfenster einzubauen. Dies



würde auch zu einer Verminderung des Lärms beitragen. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem Lärmaktionsplan zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 42 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

den in der Anlage dieser Sitzungsvorlage beigefügten Lärmaktionsplan für die Stadt Landau i.d.Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Änderung der Abfallgebührensatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 24. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Abfallgebührensatzung als Satzung**
- 2. Der Stadtrat stimmt dem Entwurf zur Änderung der Abfallgebührensatzung als Satzung zu**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

**Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung (Abgrenzung Außenbereich);
Änderung in der Anlage 2**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 24. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung (Abgrenzung Außenbereich) als Satzung.**
2. **Der Stadtrat stimmt dem Entwurf zur Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung als Satzung zu.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

**Entwicklungsmaßnahme Konversion Landau Süd
Anpassung Honorarvergütung der DSK für die Grundstücksbewirtschaftung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 30. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion die Vorlage ablehnen werde. Sie halte es nicht für gut, hier Honorare nach Anteilen aus der Miete zu bezahlen. Dies sollte man so nicht beschließen.

Ratsmitglied Kautzmann beantragte zur Geschäftsordnung, dass über die Vorlage abgestimmt wird.

Diesem Geschäftsordnungsantrag stimmte der Stadtrat ohne Gegenrede zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

die Anpassung des Vergütungshonorars der DSK, Deutsche Stadt- und Grundstücksgesellschaft mbH für die Grundstücksbewirtschaftung im Rahmen der Konversion Landau Süd, wie in der Begründung angegeben. Weiterhin wird die Verwaltung ermächtigt, entsprechend der Entwicklung von Mieterträgen und Aufwand in Folge der sukzessiven Freiräumung des Geländes, zukünftig eigenständig eine Anpassung vorzunehmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Erhebung von Ausbaubeiträgen für den Ostring

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 6. Oktober 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass man den Ausbau des Ostrings grundsätzlich abgelehnt habe und daher in der Konsequenz auch diese Vorlage ablehnen werde.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 42 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

Der Beschluss des Stadtrates vom 3.7.2007 wird unter Buchstabe b) ergänzt und wie folgt neu formuliert:

Der Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen für die Fahrbahn beträgt 60 %.

Der Anteil der Stadt für die Teileinrichtungen Beleuchtung, Gehweg, Grünstreifen, Parkstreifen und Radweg wird als Mischsatz mit 30 % festgesetzt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Jahresabschluss 2008 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagement vom 22. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion gegen die Vorlage stimmen werde. Dies liege einzig und allein an der Geschäftspolitik des GML. Auch in dieser Abrechnungsperiode seien Immobilien veräußert worden, was die UBFL generell ablehne.

Ratsmitglied Dr. Migl ergänzte, dass die 600.000 Euro für den Heimfall der Birnbachsiedlung nicht dem Betriebszweig Wohnhausbesitz sondern dem Betriebszweig Gebäudebestand zugeschlagen worden sei. Dies schwäche die Möglichkeiten für die Renovierung der städtischen Wohnungen. Wenn man hier zustimmen würde, dann würde man dies sanktionieren. Hätte man den Heimfall der Birnbachsiedlung als Rückstellungen ausgewiesen, dann hätten sich mehr Möglichkeiten ergeben.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 42 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

1. **Den Jahresabschluss des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2008 mit einer Bilanzsumme von 115.033.518,63 EURO, konsolidiert aus dem Jahresabschluss des Gebäudebestandes Landau mit einer Bilanzsumme von 107.685.068,58 EURO und des Wohnhausbesitzes mit einer Bilanzsumme von 7.595.529,72 EURO.**
2. **Den Jahresverlust in Höhe von – 143.932,14 EURO, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige**

- Gebäudebestand Landau mit einem Jahresgewinn von	272.430,06 EURO
- Wohnhausbesitz mit einem Jahresverlust von	- 416.362,20 EURO

zusammensetzt, wie folgt zu verwenden:
Der Jahresüberschuss des Betriebszweiges Gebäudebestand Landau wird der allgemeinen Rücklage zugeführt, um zukünftige Verluste auszugleichen und einen Kapitalstock aufzubauen.
Der Jahresverlust des Betriebszweiges Wohnhausbesitz wird auf neue Rechnung vorgetragen und ist durch Gewinne der Folgejahre auszugleichen (§ 11 Abs. 7 EigAnVO).
3. **Die Entlastung der Werkleitung für die Jahre 2007 und 2008.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Jahresabschluss 2008 der Entsorgungswerke Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 15. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Jahresabschluss der Entsorgungswerke zum 31.12.2008 auf der Aktivseite und Passivseite mit 88.441.224,33 festzustellen und den Jahresgewinn in Höhe von 1.368.573,96 €, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige

- Abwasserbeseitigung mit	594.854,63 €
- Abfallentsorgung mit	598.411,05 €
- Bauhof mit	114.972,18 €
- Straßenreinigung mit	60.336,10 €

zusammensetzt, wie folgt zu verwenden:

Der Jahresüberschuss des Betriebszweiges Abwasserbeseitigung wird der allgemeinen Rücklage zugeführt. Der Jahresüberschuss der Betriebszweige Abfallentsorgung und Straßenreinigung wird dem Gewinnvortrag zugeführt. Der Jahresüberschuss des Betriebszweiges Bauhof wird in Höhe von 70.000 € zum teilweisen Ausgleich des bestehenden Verlustvortrags verwendet, der verbleibende Jahresüberschuss in Höhe von 44.972,18 € wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende gab bekannt, dass Herr Horst Pedé seit 15. Oktober 2009 neuer Leiter der Pressestelle sei.

Herr Pedé stellte sich dem Stadtrat kurz vor.

Der Vorsitzende wies auf das Bürgerforum zum Einzelhandel in Landau am 16. November 2009 hin.

Er kündigte ein weiteres Bürgerforum zum Thema „Geothermie“ an. In diesem Zusammenhang gab er bekannt, dass das Land heute die Genehmigung zum verminderten Betrieb erteilt habe.

Der Vorsitzende lud weiter bereits zum Neujahrsempfang der Stadt am 10. Januar 2010 ein.

Der Vorsitzende gab bekannt, dass der Nachtragshaushalt 2009 mit Schreiben der ADD vom 22. Oktober 2009 genehmigt worden sei. Er erläuterte kurz die Eckpunkte der Genehmigung.

Der Vorsitzende kündigte weiter an, dass es im Rahmen des Präventionsrates im Januar 2010 einen Nachspaziergang zu den Gefährpunkten in der Stadt, den „Angsträumen“ geben werde.

Ratsmitglied Dr. Migl zeigte sich verwundert, dass das Land nun wieder die Betriebsgenehmigung für das Geothermiewerk erteilt habe, ohne dass der Stadtrat zuvor über die Ergebnisse der Expertenkommission informiert worden sei.

Der Vorsitzende erwiderte, dass es sich hier um eine vorläufige Betriebsgenehmigung handle. Die Expertenkommission werde sicher noch bis zum Frühjahr 2010 beraten. Man könne aber davon ausgehen, dass es Zwischenergebnisse geben werde. Das Land hatte zur Wiederinbetriebnahme gewisse Auflagen gemacht. Alle diese Auflagen seien erfüllt. Daher gebe es keinen rechtlich vertretbaren Grund die Genehmigung nicht zu erteilen. Man müsse auch mal sehen, wie lange dieser Probetrieb gehe. Dieser sei wirtschaftlich nicht auskömmlich.



Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 10.11.2009 umfasst 17 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 294.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete